

## PERSONALIA

Zu der Meldung in Heft 40/1990, daß der ehemalige Stellvertreter des Ministers für Gesundheits- und Sozialwesen der DDR, Obermedizinalrat a. D. Dr. sc. med. Berndt Schirmer, eine Beratertätigkeit aufgenommen hat:

## Ein Hohn

... Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß bei der Besetzung von Stellen häufig moralische Aspekte keinerlei Berücksichtigung finden, so wird er durch diesen Vorgang geliefert.

Es ist geradezu ein Hohn: Derselbe Arzt, der jahrelang an führender Stelle in der ehemaligen DDR für den Niedergang des dortigen Gesundheitswesens mit allen seinen Folgen für die Patienten und auch für die Ärzte verantwortlich war, veröffentlicht in kühnster Wendehalsmanier im April 1990 ein Buch über die „Gesundheit für ein Deutschland“ und setzt sich dann ins warme Nest eines *Beratenden Gesellschaftsarztes der DKV in Köln*<sup>1)</sup>. Wenn Herr Dr. Schirmer aus moralischen Gründen zur Wiedergutmachung des auch von ihm angerichteten Schadens im Gebiet der ehemaligen DDR bereit wäre, hätte er dafür dort sicher genügend Gelegenheit gehabt. So aber läßt er die Kollegen, die jahrzehntelang von ihm und seinesgleichen drangsaliert worden sind, mit allen ihren unverschuldeten Problemen allein.

Es spricht auch nicht für vorhandenes Fingerspitzengefühl der DKV, daß sie, gerade in Anbetracht ihrer hochtrabenden Pläne im Ge-

<sup>1)</sup> Anmerkung der Redaktion: Obermedizinalrat a. D. Dr. sc. Berndt Schirmer ist nicht, wie in Heft 40/1990 auf Grund einer Fehlinformation gemeldet, „beratender Gesellschaftsarzt“ der DKV in Köln, vielmehr ist Dr. Schirmer als freiberuflich tätiger Berater u. a. für die Deutsche Krankenversicherung AG in Köln unter Vertrag. DA

biet der ehemaligen DDR, einen solchen Kollegen als Beratenden Gesellschaftsarzt einstellt. Glaubt sie, daß sich diese Tatsache positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken wird? Ich vermute (um nicht zu sagen, ich hoffe), daß diese Rechnung nicht aufgehen wird.

Dr. med. G.-A. Kleff, Johannerstraße 12, W-4970 Bad Oeynhausen

## GEWALT

Zu dem Beitrag „Mißhandlungen durch den Ehemann“ von Dr. Hubertus Schmidt in Heft 44/1990:

## Bankrotterklärung der Ehe

So sehr die Gewalt in Familien zu verurteilen ist, scheint mir doch die Einführung eines Gesetzes gegen die „Vergewaltigung in der Ehe“ bedenklich. Bisher wurde nicht klargestellt, wer in dem Strafverfahren die Beweislast trägt; sollte dies die Ehefrau sein, dürfte sie auf große Schwierigkeiten stoßen, wie schon die bisherigen Prozesse wegen Vergewaltigung zeigen. Im entgegengesetzten Falle wäre der Ehemann weitgehend schutzlos den Anschuldigungen seiner Frau ausgesetzt – eine Neuauflage der Hexenprozesse wäre zu befürchten. Dies führt zur Frage der Motivation für eine solche Anklage: In sozial schwachen Familien wird die Ehefrau wohl kaum Interesse haben, den Ernährer der Familie auszuschalten; anders sieht es aus, wenn Vermögen vorhanden ist, über das dann das „Opfer“ womöglich allein verfügen kann.

Problematisch ist nämlich die Definition der „Vergewaltigung“, die ja nicht nur physische Gewalt, sondern auch psychischen Druck einschließt. Diesen zu beweisen oder zu widerlegen, dürfte äußerst schwer sein. Gegen die körperliche Gewalt scheinen mir die bestehenden Gesetze ausreichend.

Auch auf die dann wohl unausbleibliche Eheschei-

dung („Hilfe statt Strafe“ ist wohl etwas weltfremd) mit Unterhaltsverfahren dürfte ein solcher Strafprozeß nicht ohne Folgen bleiben; nachdem sich in den letzten Jahren durch die „Härtegründe“ des § 1579 BGB eine Besserung für den Unterhaltspflichtigen abzeichnete, könnte dies durch eine mehr oder weniger begründete Anzeige wegen Vergewaltigung in der Ehe wieder rückgängig gemacht werden. Festzuhalten ist hier, daß der Ehemann bei der Heirat keinerlei einklagbare Ansprüche gegen seine Frau erwirbt, schon gar nicht auf sexuelles Entgegenkommen, während die Frau, vor allem, wenn sie Kinder hat, ihren Unterhaltsanspruch nur bei sehr groben Verstößen gegen die „eheliche Solidarität“ verlieren kann. Insgesamt läuft das geplante Gesetz auf eine Bankrotterklärung der Ehe hinaus; denn welcher vernünftige Mann wird unter diesen Umständen noch heiraten?

Dr. med. Helmut Fender, Am Katzenstein 5, W-3590 Bad Wildungen

## SED-GELDER

Zur Meldung „Millionen Mark für Berliner Gesundheitswesen“ in Heft 43/1990:

## Unwahrheit

Ich las den Beitrag über „Millionen Mark für Berliner Gesundheitswesen“. Erst mußte ich lächeln, dann machte mich dieser Artikel wütend. Lächeln darüber, daß man Sie über den Tisch gezogen hatte; wütend, weil hier wieder einmal die Unwahrheit gesagt wird.

Zu den Fakten. Die vom Kollegen Dr. Zippel aufgestellte Behauptung, daß etwa eine Million Mark der PDS in jeden Stadtbezirk Ost-Berlins gingen, mag stimmen. Mindestens in einem Stadtbezirk, nämlich Berlin-Hellersdorf, kam keine müde Mark beim Gesundheitswesen an. Dieses Geld ging nachweislich in das

Sozialwesen, und das ist ein sehr feiner Unterschied.

Dr. med. D. Gläser, Krankenhaus Kaulsdorf, Myslowitzer Straße 45, O-1144 Berlin

## DRK

Zu dem Leserbrief „Durchgekämmt?“ von Dr. Gohdes in Heft 40/1990, den er zu dem Beitrag „Die schrecklichen Kinder-Ver-nichtungsheime“ von Sepp Spieg in Heft 24/1990 schrieb:

## Widerspruch

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Dr. Eckard Gohdes aus Bruxelles bin ich der Meinung, daß es sehr wohl zu den Aufgaben des DRK gehört, „Kinderaufbewahrungsheime“ in Rumänien aufzuspüren, in denen unvorstellbare, katastrophale Zustände herrschen, und Abhilfe zu organisieren.

Letztendlich waren diese „Heime“ zum großen Teil Folge der Tatsache, daß unter der Herrschaft des Diktators Ceausecu keine vernünftige Familienplanung möglich war und Schwangerschaftsabbrüche mit besonders strengen Strafandrohungen verboten wurden.

Auch heute noch werden in einer anderen Diktatur (Irak) die Anwendung von Verhütungsmitteln untersagt und der Schwangerschaftsabbruch mit drakonischen Strafandrohungen verboten. Dort hat man wohl nach dem achtjährigen Krieg die Erfahrung gemacht, daß auch für „Heilige Kriege“ Menschen-nachschub erforderlich ist.

Meint nicht Herr Dr. Gohdes auch, daß bei der jetzigen Krisenlage besonders manche Frau in Europa es sich überlegt, Kinder in diese Welt zu bringen, in eine Welt, in der leider, auch aus Firmen der BRD, contra legem Waffen in ein Land geliefert wurden und damit einem Diktator die Möglichkeit eröffnet wurde, den „wilden Mann“ und mit dem Feuer zu spielen?

Dr. med. H. Wendeborn, Wichernstraße 4, W-3388 Bad Harzburg ▷